

ARBEITER NEWS

Internationalen Allianz zur Unterstützung der ArbeiterInnen im Iran – Deutschland



aus dem Iran



Iranian Labour News Agency

Die politische Lage im Iran für die Arbeiteraktivisten

In 37 Jahren Herrschaft der Kleriker im Iran setzte sich der Abbauprozess der politischen, sozialen und ökonomischen Errungenschaften des Volkes und insbesondere der Arbeiterklasse kontinuierlich fort. Nach der Machübernahme durch die Mullahs verfestigte die neue Regierung ihre Machtstrukturen im Namen des Islams und missbrauchte dabei die religiösen Gefühle ihrer einfachen gläubigen Anhänger. Nach dem Sieg der Revolution wurde systematisch durch die Gewalt des neu gegründeten Unterdrückungsapparats der Regierung die fortschrittliche und liberale Opposition niedergeschlagen. Besonders brutal war der Umgang der Sicherheitskräfte der Regierung gegenüber den linken Organisationen und Parteien.

Während der Zunahme der politischen Gewalt gegen Andersdenkende, intensivierte sich auch die Korruption und der Raub des Reichtums des Volkes durch

die herrschende Clique zu. Mit Beginn des achtjährigen Krieges zwischen dem Irak und dem Iran und den Bestrebungen des Regimes, mithilfe der Atomtechnologie die stärkste Macht in der Region zu werden, verschärfte sich zunehmend die politische Krise im Nahen Osten, die wiederum eine aggressive Innenpolitik der Regierung zur Folge hatte.

Parallel dazu verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Bevölkerung und insbesondere der Lohnabhängigen und der Arbeiterklasse.

Nach Angaben der Regierung leben heute über 40 Millionen Menschen im Iran, während sich davon fast 50% unterhalb der Armutsgrenze befinden. Die Arbeitslosenzahl beträgt etwa sieben Millionen und der offizielle Mindestlohn entspricht einem Viertel der von der Regierung festgelegten Armutsgrenze.

Die Löhne der Werktätigen werden unregelmäßig ausgezahlt und befristete Arbeitsverträge für nur noch ein paar Tage sind keine Seltenheit mehr.

Nach der Wahl des Präsidenten Roohani und der Lockerung und Aufhebung der Sanktionen infolge des Atomkompromisses, das durch die Regierung als ein Sieg propagiert wurde, verbesserte sich der Zustand der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen trotz aller Hoffnungen nicht. Im Gegensatz dazu verschlechterte sich die Lage noch intensiver als vor der Zeit des Wirtschaftsembargos.

In vielen privaten und auch staatlichen Betrieben, die als Subunternehmen im Auftrag des Staates tätig sind, werden die im Arbeitsvertrag niedergeschriebenen Klauseln nicht berücksichtigt. Die Sozialversicherungen, die nach dem Gesetz vorgesehen sind, werden von den Unternehmen nicht mehr beachtet. Millionen Arbeiter und ihre Familien sind somit von Kranken- und Unfallversicherungen ausgeschlossen. Die Zahl der verheerenden Arbeitsunfälle nimmt dramatisch zu, während viele Menschen ihren Job und ihre Existenzgrundlage verlieren. Die Verantwortlichen der Regierung fühlen sich dafür aber nicht zuständig.

Nach der Machtübernahme durch die Islamisten wurde von Anfang an systematisch versucht, die Errungenschaften, die die Arbeiterklasse in einem jahrzehntelangen Kampf erlangt hat, durch die Einführung der islamischen Gesetze zu zersetzen. Unverschämterweise behaupteten sie sogar, dass der Islam die besten Gesetze für den Arbeiterschutz und die Sicherheit bietet. Alle international anerkannten Arbeitsgesetze und Konventionen waren nur auf dem Papier für die neuen Machthaber gültig.

Auf der anderen Seite beobachten wir, dass der Widerstand der Arbeiterbewegung seinen Aktionsradius zunehmend erweitert, sodass die Proteste der Arbeiterklasse sich nicht nur im Betrieb ereignen, sondern auch außerhalb Gegenstand für die Forderungen der Menschen in der Arbeitervierteln und ihrem Lebensraum geworden ist. Dabei sind es nicht nur die AktivistInnen der Arbeiterklasse, die sich für die Anliegen ihrer Klasse einsetzen, sondern auch die einfachen Menschen, die sich mit diesen solidarisieren und sich folglich an diesen Protesten beteiligen.

Diese neue Art des Widerstands bereitet den Machthabern im Iran Angst und Unsicherheit. Deshalb werden unter der

Roohani-Regierung die Unterdrückung und die Repressalien gegen die Arbeiteraktivisten noch intensiver. Der Zorn des Volkes soll eingedämmt werden und sich nicht zu Massenbewegungen entwickeln.

Im letzten Jahr antwortete das Regime auf die Proteste der Arbeiter weiterhin mit Entlassungen und Verhaftungen der Arbeiteraktivisten, um die wachsende Wut der Arbeiter im Zaun zu halten. Fruchten all diese Repressalien nicht, sodass der Widerstand der Belegschaft folglich nicht gebrochen wird, schließt der Arbeitgeber bzw. der Staat einfach derartige „Unruhebetriebe“. Durch das Gespenst der Arbeitslosigkeit und der drohenden Armut der Lohnabhängigen beabsichtigt das Regime die Arbeiter, die sich wehren, in die Knie zwingen.

Um eine Atmosphäre der Angst und Unsicherheit gegen die bekannten Aktivisten der Arbeiterklasse und soziale Bewegungen zu schaffen, werden bereits Inhaftierte nach Absitzen ihrer Strafe weiterhin in Gefängnis behalten. Sie werden unter willkürlich erfundenen Vorwänden neu angeklagt und verurteilt. Bahare Hedayat, eine Studentenaktivistin, Nima Ebrahimzadeh, Arbeiteraktivist und der Lehrer Rasool Bodaghi sind einige Beispiele der Justiztyrannei der islamischen Regierung. Sie sind seit fünf Jahren im Gefängnis und wurden erneut zu längeren Haftstrafen verurteilt.

Shahrokh Zamani starb nach fünf Jahren Haftstrafe im Gefängnis.

Die Herrschaft der islamischen Republik basiert seit 37 Jahren auf brutaler Unterdrückung und auf Mord und Folter der Oppositionellen und Andersdenkenden. Nach China weist Iran die zweithöchste Zahl der Hinrichtungen auf der Welt auf. Bezüglich der Menschenrechte ignoriert die islamische Regierung alle internationalen Konventionen, tritt sie

regelrecht mit den Füßen und fühlt sich gegenüber keiner Instanz der Weltgemeinschaft verantwortlich.

Deshalb versuchen wir mit diesem kurzen Schreiben die Stimme der politischen Gefangenen, Arbeiter und Menschenrechtsaktivisten im Iran hörbar machen und fordern von allen politisch aktiven Menschen, Organisationen, Gewerkschaften, der ILO und politischen Parteien, die Menschen im Iran in ihrem Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit zu unterstützen. Die Rechte der Menschen dürfen nicht für wirtschaftliche Interessen der Staaten geopfert werden.



Freiheit für Bahare Hedayat

Am 31 Dezember 2009 wurde Bahare Hedayat eine Studentenaktivistin, die sich für Rechte der Frauen einsetzte, verhaftet und ist zu neun Jahren Haft verurteilt worden. Als sie verhaftet wurde, war sie 28 Jahre alt. Die Haftbedingungen üben einen enormen psychischen und körperlichen Druck auf sie aus. Sie leidet unter Depressionen und hat Nierenprobleme, die eine Behandlung außerhalb der Haftanstalt benötigen. Laut iranischem Rechtssystem sollte sie im vergangenen Sommer entlassen werden, bekam jedoch zwei zusätzliche Gefängnisjahre.

Der Ehemann hat eine Petition für ihre Freilassung gestartet, die an das Staatsoberhaupt der islamischen Regierung, Ayatollah Khamenei, gerichtet ist.



Abschied vom Arbeiteraktivisten Kourosh Bakhschande

Am 5. November starb der Arbeiteraktivist Kourosh bakhschande in Folge eines Herzstillstands. Kourosh war Mitglied des Koordinierungskomitees zur Bildung der unabhängigen Gewerkschaften im Iran und des Verteidigungskomitees der Arbeiteraktivisten in der Stadt Mahabad. Bis zu den letzten Tagen seines Lebens kämpfte er gegen das kapitalistische System und wurde wegen seines unermüdlichen Einsatzes für die Rechte der Arbeiterklasse und der Gründung ihrer unabhängigen Gewerkschaften von der islamischen Regierung verfolgt, verhaftet und schikaniert. Im letzten Jahr verbrachte er 61 Tage in Einzelhaft und durfte wegen einer schweren Herzerkrankung das Gefängnis verlassen. Mit diesen Repressalien wollte das Regime ihn einschüchtern und zum Schweigen zwingen, hatten dabei aber keinen Erfolg.

In einem Grußwort seines Wegbegleiters an alle Arbeiterorganisationen der Welt zum Anlass des Todes Schahrokh Zamanis wurde der Umgang der islamischen

Regierung mit den Arbeiteraktivisten scharf kritisiert.

Er schrieb:

„Der Druck der Sicherheitsbehörden gegen die Arbeiteraktivisten im Iran nimmt stets zu.

Shahrokh Zamani starb im Gefängnis und Mahmoud Salehi wurde zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. Alles geschieht vor den Augen der ILO, die nach wie vor zu den Schikanen seines Mitgliedstaates Iran gegen die Arbeiteraktivisten schweigt. Das regierungstreue **Haus der Arbeiter** ist weiterhin anerkannte Arbeiterorganisation, die zu jährlichen Versammlungen der ILO eingeladen wird.

In Namen der internationalen Solidarität fordere ich die Unterstützung aller Arbeiterorganisationen für die Arbeiteraktivisten im Iran.

Der Tod von Kourosch ist ein herber Verlust für die Arbeiterbewegung im Iran, der nicht zu ersetzen ist. Wir trauern um den Tod von Kourosch und richten unsere Grüße und unser Beileid an seine Familie und alle Angehörigen aus".



Freiheit für den inhaftierten Arbeiter Mohamad Djarahi

Mohamad Djarahi (55), der bekannte kämpferische Arbeiter, der Gebäudemaler

aus der Stadt Tabriz und Mitglied der Gewerkschaft der Gebäudemaler sowie des Koordinierungskomitees zum Aufbau der Arbeiterorganisationen (KAAO) wurde vor kurzem wieder verhaftet. Mohammad wurde bisher mehrmals wegen seines Einsatzes für die Belange der Arbeiter inhaftiert und auf Kautions freigelassen.

2007 wurde er wegen seiner gewerkschaftlichen Aktivitäten zu 14 Monate Haft verurteilt, weil er angeblich eine Broschüre der KAAO mit dabei hatte. Im Juli 2008 wurde er erneut verhaftet und musste einen Monat im Gefängnis verbringen. Im Zusammenhang mit der Verhaftung eines anderen Mitgliedes der KAAO (Shahrokh Zamani) wurden er und zwei Aktivisten aus der Studentenbewegung, Nima Pur Jaghubi und Sassan Wahebi Wasch, zum wiederholten Mal verhaftet und der Nachrichtendienstbehörde zum Verhör übergeben.

M. Djarahi ist der Überzeugung, dass seine Verhaftung ohne jegliche gerichtliche Vorladungen vollzogen sei und sich auf die Bewährungsstrafe vom Juni 2011 bezogen hätte.

Das Gericht in Tabriz verurteilte die Angeklagten zu sechs bis elf Jahren Gefängnisstrafen, S. Zamani zu elf, M. Djarahi zu fünf, N. Pur Jaghubi zu sechs und S. Wahebi Wasch zu sechs Monaten. Ihre Anschuldigungen lauten; „Gründung von illegalen Organisationen, Störung der bestehenden Ordnung,, , „Propaganda gegen die islamische Regierung, und die Verunglimpfung von religiösen Persönlichkeiten,,.

Den zuverlässigen Berichten zu Folge werden Djarahis Kinder permanent von Sicherheitsbeamten psychisch unter Druck gesetzt, um seinen Widerstand im Gefängnis zu brechen.

In den letzten Jahren hat er aus dem Gefängnis in Tabriz folgenden Erklärung abgegeben: „Ich, Mohamad Djarahi, bin ein inhaftierter Arbeiter und Mitglied der KAAO. Ich sitze seit über zwei Jahren im Tabrizaer Gefängnis. Hier wurde ich auch krank. Bei meiner Ankunft im Gefängnishospital, mit Handschellen und Ketten, wurde ich massiv von Gefangenen und Aufsehern beleidigt und misshandelt.

In seinem Brief an die Gewerkschaft der Gebäudemaler im Iran betont er:

Während meiner Inhaftierung wurde ich schweren Bedingungen ausgesetzt. Ich leide heute an Schilddrüsenkrebs, Diabetes und hohem Cholesterinspiegel. Meine gesundheitlichen Probleme wurden von Verantwortlichen ignoriert.

Mohamad Djarahi wie seine anderen inhaftierten Kollegen sind unschuldig. Sie kämpfen für ihre Rechte als Arbeiter.

Obwohl das Recht auf Gewerkschaftsarbeit und Bildung der Arbeiterorganisationen in der iranischen Verfassung verankert ist, werden aber die Arbeiteraktivisten ins Gefängnis gesteckt und ihnen dieses Recht verwehrt.



Mahmoud Salehi darf nicht wieder ins Gefängnis

Am Dienstag den 28.04.2015 wurde Mahmoud Salehi aus seiner Wohnung in der Stadt Saghez von Sicherheitsbeamten verhaftet und in die Behörde der Nachrichtendienste gebracht. Sein

Haftbefehl wurde bereits in Teheran ausgestellt. Da Mahmoud an einer schweren Nierenerkrankung leidet, wurde er nach einem viertägigen Aufenthalt in der Dialyseabteilung des Krankenhauses in der Stadt Sanandad, am 28. Mai nach Hinterlegung einer Kautions vorübergehend entlassen. Nach seiner erneuten Verhaftung wurde er in eine Einzelzelle gebracht, wo man ihm seine Medikamente verwehrt. Daraufhin haben seine Nieren versagt und er musste wieder ins Krankenhaus gebracht werden. Seine erste Gerichtsverhandlung lief bereits am achten August und die zweite Verhandlung am 19. August. Der Richter (Saidi) beschuldigte ihn der Mitgliedschaft in der KAAO. Er ist selbstverständlich einer der Mitbegründer der KAAO, die seit Jahren für den Aufbau der freien Gewerkschaften im Iran kämpfen. Am 16. September erschien er am Landesgericht in Sanandadj. Dort wurde ihm seine Anklageschrift vorgelegt.



Gerichtliche Vorladung für Dajafar Azim Sadeh. Er wird zu sechs Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Dajafar Azim Sadeh, der Vorsitzende der freien Gewerkschaft im Iran, wurde von den Behörden des Ewins Gefängnis im Teheran am 28. Oktober vorgeladen, um

seine sechsjährige Freiheitsstrafe abzusitzen.

Er ist Mitstreiter einer landesweiten Petition, die vierzigtausend Unterschriften für das freie Versammlungsrecht am 1. Mai und Durchsetzung eines staatlich festgelegten des Mindestlohns sammeln konnte. Er wurde am 10. Mai dieses Jahres festgenommen und nach 46 Tage auf Kautions freigelassen.

Am ersten Februar 2015 wurde er vom Landesgericht zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Seine Anschuldigungen lauten: Mitwirkung bei der Protestpetition, Propaganda gegen das Regime, Aktivität gegen die innere Sicherheit sowie Verbindung zu oppositionellen Organisationen und Parteien.

Die jetzige Regierung unter der Führung des Präsidenten Ruhani verlangte die Anwendung des Strafgesetzes mit voller Härte für ihn.

In seiner fünfseitigen Anklage wird außer den obengenannten Gründen noch die Gründung der freien Gewerkschaft im Iran und Mitgliedschaft in der KAAO genannt. Ihm wird außerdem noch seine Verbindung zu den linken Organisationen aus den achtziger Jahren vorgeworfen, wobei er zu dem Zeitpunkt zwischen zwölf und dreizehn Jahre alt war. Es wird sogar erwähnt; „Er sei mit marxistischen Ideen geboren,“.

In seinen Anklageschriften sind keine einzigen Beweise zu finden, die einen Verstoß gegen die öffentliche Ordnung darlegen könnten. Der einzige wahre Grund für seine sechsjährige Haftstrafe ist seine gewerkschaftliche Aktivität und die Tatsache, dass er für die Rechte der Arbeiter und ihre Familien für ein menschenwürdiges Leben im Iran kämpft.

22. Oktober 2015. Die freie Gewerkschaft im Iran



Freilassung für den inhaftierten Lehrer Rassul Bodaghi

Rassul Bodaghi wurde nach den Massenprotesten im Sommer 2008 von der Verwaltung des Erziehungsministeriums in der Stadt Islamshahr vorgeladen. Dort wurde er verhaftet und später von dem Gericht zu sechs Jahre Gefängnis verurteilt. Außerdem darf er fünf Jahre lang weder sozial noch politisch aktiv werden. Er arbeitet seit 30 Jahren als Lehrer. Er wird beschuldigt, Propaganda gegen die politische Ordnung gemacht zu haben und an den Versammlungen, die öffentliche Sicherheit gefährden teilgenommen zu haben. Er wurde fristlos vom Schulamt entlassen. Dadurch wird seine Familie finanziell unter Druck gesetzt und sein Widerstandswillen soll im Gefängnis gebrochen werden. Er ist Vorstandsmitglied des Lehrervereins im Iran.

Während seiner Gefangenschaft wurde er in vier verschiedene Gefängnisse im Iran gebracht. Wegen seiner Hungerstreikproteste wurde er zu einer Isolationshaft verurteilt.

Die Schikane und Repressalien gegen ihn und seine Familie nahmen in letzter Zeit zu.

Am sechsten Mai stürmten die Beamten seine Wohnung und durchwühlten sie. Bei dieser Razzia wurden seine zwei Töchter krank. Seine PC, Notebook, CDs und seine Camera wurden beschlagnahmt. Am Tag

darauf wurden seine Frau und seine Tochter vom Staatsanwalt zur Vernehmung vorgeladen. Am achten Mai bei einem Besuch im Gefängnis wurden sie vom Wärter verhört und unter Druck gesetzt. Sie versuchten seine Tochter zu einem Geständnis gegen Mahmoud zu zwingen, was aber am Widerstand der Ehefrau gescheitert ist.

Dies sind nur feige Versuche der iranischen Justiz, um den Widerstandswillen von Rassul Bodaghi zu brechen.

Sein starker Widerstand und seine Standhaftigkeit im Gefängnis wie sein Protestbrief an den Staatspräsident, Kritik an der Regierung, sein Hungerstreik und seine Solidaritätsbriefe an protestierende Lehrer, erzeugt eine Wut und Angst der Herrschenden im Iran. Am vierten August 2015 wäre R. Bodaghi auf freiem Fuß und hätte seine Strafe abgesessen, dennoch wurde er zu drei weiteren Jahre Gefängnis verurteilt. Dies ist momentan eine gängige Unterdrückungsmethode des Regimes im Iran.

Z.B. Behnam Ibrahim Zadeh wurde nach fünf Jahre Gefängnis erneut zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, obwohl er seine Strafe bereits verbüßt hatte. Er war beschuldigt, an der Gründung freier Gewerkschaften mitgewirkt und außerdem gegen die Kinderarbeit gekämpft zu haben. Die neue Anschuldigung lautet: Proteste gegen seine Haftbedingungen und Gefängnisvorschriften und Beharrung auf seinen politischen Überzeugungen.

Hier eine Liste der anderen gefangenen Arbeiter/innen und Lehrer/innen:

Rassul Hardani, Kurosh Bakhshandeh, Parwin Mohamadi (Mitglied der freien Gewerkschaft im Iran), Mahmud Beheshti Langerudi (Sprecher des Lehrerverbands), Ismail Abdi (Vorstandsvorsitzende des Lehrervereins), Ali Reza Haschemi, Akbar Baghani und Abdol Reza Ghanbari, die ohne Anklage im Gefängnis sitzen.

Außerdem muss man die ständigen Drohungen und Schikanen der Herrschenden gegen die kämpferischen

Lehrer außerhalb der Gefängnisse erwähnen. Es zeigt nur die Natur des iranischen Regimes, dass es jegliche gewerkschaftliche und Lohnforderungen der Lehrer und Arbeiter mit brutaler Gewalt und Repressalien beantwortet.

**Internationalen Allianz zur
Unterstützung der ArbeiterInnen im
Iran – Deutschland**

www.etehadbinalmelali.com
alliance_workers_iran@yahoo.de